

07.10.2022

Zentralstelle
Telefon +49 711/22572-34
zentralstelle@gemeindetag-bw.de

Zumeldung zur dpa-Meldung: Datenschützer Brink fordert von Verwaltung maximale Transparenz

Zum heute vom Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Stefan Brink, vorgestellten Vorschlag für ein Transparenzgesetz erklärt der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Steffen Jäger:

„Deutschland ist ein ausgeprägter Rechtsstaat mit vielfältigen Möglichkeiten, staatliches Handeln zu begleiten und zu überprüfen. Und in diesem Staat stehen wir aktuell vor der größten Krisensituation seit seinem Bestehen. Deshalb muss es jetzt darum gehen, sich auf das Wesentliche zu fokussieren. Ein neues Transparenzgesetz gehört nach unserer Auffassung nicht dazu.

Ich will aber auch die inhaltliche Zielrichtung in Frage stellen. Die Umsetzung eines solch weitreichenden Transparenzgesetzes ist mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden, was in Zeiten eines massiven Fachkräftemangels ein völlig falsches Signal setzen würde. Denn ein weiteres Mal müssten die Behörden sich zunächst mit sich selbst beschäftigen.

Noch schlimmer ist aber die Botschaft, die mit diesem Vorschlag unterschwellig mitschwingt: Der Verwaltung muss man stärker auf die Finger schauen, sonst läuft da was falsch. Dem widerspreche ich für die Rathäuser in Baden-Württemberg entschieden. Im Gegenteil: Ein solcher Vorstoß wird sicher nicht dazu beitragen, dass mehr Fachkräfte in die Verwaltung streben werden und das Vertrauen in den Staat stabilisiert wird.

Und ganz zuletzt: Politik wird am Ergebnis gemessen. Die kommunalen Erfahrungen mit dem Landesinformationsfreiheitsgesetz belegen, dass diejenigen, die dieses beanspruchen, in den meisten Fällen darauf abzielen, Infrastrukturmaßnahmen für das Allgemeinwohl zu verhindern. Wir alle müssen in unseren Rollen jedoch dazu beitragen, dass staatliches Handeln gelingen kann. Und deshalb ist nicht der Weg das Ziel, sondern das Ergebnis zählt.“